

Landespressekonferenz am 15. Februar 2024

## **GEW NRW stellt Ergebnisse der Umfrage zur Überlastung der Beschäftigten in NRW vor**

**Sprechzettel Ayla Çelik, Landesvorsitzende GEW NRW**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich muss Sie wohl kaum tiefergehend in die gegenwärtige Situation in unserem Bildungssystem einführen: Lehrkräftemangel, unbesetzte Schulleitungsstellen, immer mehr Aufgaben für Beschäftigte, Digitalisierung, Inklusion, Integration und der Umgang mit den gesellschaftlichen Krisen. Schon an dieser Stelle lässt sich erahnen, dass die Belastungssituation in den Lehrerzimmern enorm sein muss. Als GEW NRW haben wir stets auf die Dauerbaustellen hingewiesen, die gute Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen verhindern. Eine davon ist sicherlich der eklatante Lehrkräftemangel, weil er eine immense Belastung für Lehrende und Lernende bedeutet. Die Beschäftigten sind am Limit, immer mehr Arbeit muss von wenigen geschultert werden und die Arbeitsquantität geht zulasten der Qualität. Die Lehrkräfte, die in dieser Mangelsituation über ihre Belastungsgrenzen hinausgehen, um Bildung für unsere Kinder sicherzustellen, müssen erkennen, dass sie trotzdem ihrem Anspruch an guter Bildungs- und Erziehungsarbeit nicht gerecht werden können. Diese Situation belastet und demoralisiert. Politische Maßnahmenpakete wie etwa das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung mit der Einschränkung von voraussetzungsloser Teilzeit verschärfen diese Belastungssituation zusätzlich.

Aber wir wollten uns nicht nur auf die etlichen Erfahrungsberichte der Kolleg\*innen stützen, sondern wollten die Situation in den Schulen grundlegend vermessen, wollten valide Zahlen haben. Deshalb haben wir eine Umfrage vom 16.10. - 30.11.2023 an den nordrhein-westfälischen Schulen digital durchgeführt. Und wir scheinen einen Nerv getroffen zu haben, die Beteiligung war enorm. Ja, ich möchte fast – und das in aller Bescheidenheit – sagen, einmalig in der Schullandschaft Nordrhein-Westfalens. Knapp 24.000 Beschäftigte haben sich beteiligt und uns einen Einblick in ihre jeweils ganz persönliche Situation gegeben. Dafür möchte ich allen herzlich danken!

Zunächst zu den sogenannten Hard-Facts: Die Beteiligung nach Schulformen entspricht ungefähr der Beschäftigtenverteilung 35 % von den Grundschulen, 19 % von Gesamt- und Primusschule, 14 % vom Gymnasium, um nur die drei größten Gruppen zu nennen – die genaue Aufteilung entnehmen Sie gerne der Pressemappe. Eine Zahl ist mir aber noch ganz wichtig: Knapp über 60 % der Beteiligten sind keine GEW-Mitglieder.

Was ich Ihnen also präsentiere, entspricht den gelebten Eindrücken in den Lehrerzimmern. Das Ergebnis war erwartbar, aber erschreckt doch in seiner Deutlichkeit: Der Grad der Überlastung der Beschäftigten - er ist alarmierend – ja, ganz nüchtern, muss man hier von der Alarmstufe Rot sprechen. Auf einer Skala von 0 bis 10 (0 = keine Belastung und 10 = extreme Überlastung) ordneten die knapp 24.000 Befragten über alle Schulformen hinweg den Grad ihrer individuellen Überlastung im Durchschnitt bei 8,21 ein. 92,4% der Teilnehmer\*innen bei mindestens 7 oder höher ein. Das sind mehr als 9 von 10 der befragten Beschäftigten.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis muss uns mehr als beunruhigen. Leider bestätigt diese Zahl gleichzeitig genau das, was wir tagtäglich von den Kolleg\*innen hören, von engagierten Menschen, Vollblutpädagog\*innen, die jedoch angesichts der enormen Überlastung einfach nicht mehr können. Es ist also kein Wunder, dass sich die Zahl der Berufsaussteiger\*innen über die letzten Jahre verdreifacht hat: Letztes Schuljahr haben 930 Lehrkräfte ihr Dienstverhältnis gekündigt und haben der Schule den Rücken gekehrt.

Immer mehr Lehrkräfte verlassen den Job, weil die Belastung so hoch ist, dass sie ihren Beruf nicht mehr als sinnstiftend erleben. Ihnen fehlt häufig die Zeit, um pädagogisch wirksam zu werden. Die schlechten Arbeitsbedingungen, die Überlastung und das Gefühl, dass ihre Not bei den politischen Verantwortlichen kein Gehör findet, treiben Lehrkräfte aus dem Beruf. Ihnen geht immer mehr das Vertrauen verloren, dass die Situation besser wird. Dieser Trend muss endlich durchbrochen werden. Diese Zahlen sind sehr ernst zu nehmen: Bei etwa 7.000 fehlenden Lehrkräften können wir auf keine einzige Lehrkraft verzichten. Fatal, wenn das runtergespielt wird. Die Landesregierung kann sich teure Werbekampagnen sparen, wenn sie es nicht schafft, über flächendeckend gute Rahmenbedingungen die zu halten, die bereits da sind. Die Landesregierung muss zweigleisig fahren: Die Lehrkräfteausbildung ausbauen, sie qualitativ besser gestalten und zugleich dafür sorgen, dass Lehrkräfte im System bleiben. Die beste Werbung bleiben gute Arbeitsbedingungen. Der Trend ist leider eindeutig und angesichts der hohen Be- und Überlastung droht die Zahl weiter zu steigen oder auf diesem hohen Niveau zu bleiben, wenn politisch nun nicht effektive Gegenmaßnahmen zur Entlastung getroffen werden.

Meine Erwartungshaltung ist klar: Sollten wir die Umfrage im nächsten Schuljahr wiederholen, wäre alles andere als eine Absenkung auf einen gelben Wert in unserer Skala, also maximal Stufe 6, eine Enttäuschung der Landesregierung. Mittelfristig erwarte ich in den nächsten 5 Jahren einen Rückgang in den grünen Bereich.

Lieber Herr Wüst, liebe Frau Feller, mein Appell an Sie: Gehen Sie auf die Nöte Ihrer Beschäftigten ein. Nehmen Sie diese Ergebnisse zum Anlass und sorgen Sie für gute Arbeitsbedingungen. Die Zufriedenheit Ihrer Beschäftigten sollte Ihnen Ansporn genug sein.

Und die Beschäftigten haben uns sogar ihre Entlastungsmöglichkeiten an die Hand gegeben. Knapp ein Viertel der Befragten fordern Entlastung durch mehr Kolleg\*innen. Zwei Schlüsse für die Politik: Erstens: Sorgen Sie dafür, dass die Lehramtsstudiengänge endlich ausgebaut werden und verstecken Sie sich nicht hinter Zahlen! Zuletzt wurden 460 zusätzliche Studienplätze als Riesenerfolg gefeiert, wenn davon in sieben Jahren 400 neue Lehrkräfte werden, ist das schon gut, aber noch immer zu wenig. Zweitens: Holen Sie jetzt kurzfristig Menschen in die Schule, die den Lehrkräften die Möglichkeit geben, sich auf die pädagogische Arbeit zu konzentrieren. Mehr Menschen für Verwaltungstätigkeiten, mehr IT-Support, mehr Hilfe durch MPTs!

Fast 15 % der Befragten wollen eine Begrenzung der Arbeitszeit. Auch zwei Schritte: Die Politik muss anfangen, das veraltete Arbeitszeitmodell zu verändern. Nur mit Arbeitszeiterfassung kann dauerhaft Arbeitszeit begrenzt werden. Zweitens müssen die Aufgaben von Lehrkräften reduziert werden: Weniger Klassenarbeiten, keine Reiseplanung für Klassenfahrten, keine Softwareupdates, weniger Verwaltung usw...

21 % der Befragten wollen kleinere Klassen. Das ist aktuell wohl kaum möglich, aber sollte die Zielperspektive für die nächsten fünf Jahre sein. Denn kleine Klassen entlasten nicht nur die Lehrkräfte, sondern sie ermöglichen auch mehr individuelle Förderungen, mehr Zeit, um auf die Bedarfe der Schüler\*innen einzugehen. Angesichts der letzten PISA-Ergebnisse dürfte das also auch im Interesse der Politik sein.

Apropos PISA und damit komme ich zum Schluss: Wenn Herr Schleicher sagt, Lehrkräfte würden nicht genügend leisten und sich hinter der Belastung verstecken, dann kann ich nur erwidern, dass unsere Ergebnisse etwas ganz anderes zeigen. Er kann gerne mal zwei Tage an eine Schule dazukommen – das bekommen wir organisiert. Ich bin sicher, dass er seine Meinung revidieren wird.

Vielen Dank.